

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Algeriens wirtschaftliches und politisches Schicksal

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1961) : Algeriens wirtschaftliches und politisches Schicksal, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 2, pp. 87-89

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133085>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Algeriens wirtschaftliches und politisches Schicksal

Eine Chronik der Ereignisse und Ideen

Alfred Frisch, Paris

Seit Beginn des Jahres bestehen Aussichten auf die Beendigung des Algerienkonfliktes, die als hoffnungsvoll zu bezeichnen sind. Der Konflikt entflammte am 1. November 1954 mit einer plötzlich auflodernden arabischen Revolte gegen die französische Herrschaft; und seitdem dauert er mit wechselnden Zielen, Absichten und Ergebnissen zum beiderseitigen Leidwesen der französischen und arabischen Bevölkerung an. Die jetzigen Friedensaussichten ergeben sich weitgehend aus der Entwicklung der Lage, sowohl aus der schrittweisen Abkehr Frankreichs von kolonialistischen Vorstellungen wie auch aus der Erkenntnis der Araber von der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer weiteren Zusammenarbeit mit Frankreich und Europa.

Die Phase der Pazifizierung

In seiner ersten Phase war für Paris der Algerienkonflikt nichts anderes als eine interne Polizeiaktion. Seit Kriegsende, übrigens dank einer Entscheidung General de Gaulles, besaßen alle Einwohner Algeriens die französische Staatsbürgerschaft. Das Gebiet jenseits des Mittelmeers galt als Bestandteil Frankreichs und führte ein Eigenleben nur in der Zollstatistik, die es als besonderen Markt behandelte. Niemand war bereit, in Algerien eine Kolonie zu sehen oder der algerischen Bevölkerung das Recht auf einen Freiheitskampf oder eine Unabhängigkeitsbewegung zuzuerkennen. Nicht nur die Politiker, sondern auch die öffentliche Meinung betrachteten Algerien durchaus ehrlich als ebenso untrennbaren Bestandteil Frankreichs wie etwa die Bretagne oder Burgund. In dieser ersten Etappe entstand auch für die militärischen Operationen der Begriff der Pazifizierung. Es galt nicht, einen Feind zu bekämpfen oder eine nationale Bewegung nach kolonialistischen Regeln niederzuschlagen, sondern es galt, dafür Sorge zu tragen, daß im ganzen Lande die Bevölkerung in Ruhe und Sicherheit ohne Angst vor Repressalien und Terrorakten leben durfte.

Eine Wende trat Ende 1955 in Erwartung der Neuwahl des französischen Parlaments ein. Damals wurden zum ersten Male die offiziellen Thesen in Frage gestellt. Es bildete sich eine Koalition zwischen dem neuen sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet und Mendès-France, der den Indochinakrieg 1954 beendet hatte und dem es auch gelang, mit Tunesien eine gewisse Regelung zu vereinbaren.

Das Dogma des „französischen Algeriens“

Die Pazifizierungsaktion mußte zu jenem Zeitpunkt als ein Fehlschlag betrachtet werden. Immer weitere Gebiete des Landes entzogen sich der Kontrolle der französischen Behörden, immer größere Mengen von Waffen flossen über die Grenzen der Rebellenbewegung zu. Ein Versuch Mollets im Februar 1956, die Algerienpolitik im liberalen Sinne herumzuwerfen und

dem Gebiet jenseits des Mittelmeers wenigstens eine lokale Autonomie unter Anerkennung seiner Eigenpersönlichkeit zuzugestehen, scheiterte an einer ebenso wilden wie energischen Opposition der Algerienfranzosen, die für ihre Assimilations- und Integrationspolitik sehr schnell eine feste Allianz bildeten mit dem neu ernannten sozialistischen und im Grunde genommen antiliberal-reaktionären Algerienminister Robert Lacoste, der mit außergewöhnlichen Machtbefugnissen und nicht ohne eine gewisse Brutalität bis zum Vorabend des 13. Mai das Feld beherrschte. Ein von der Regierung Mollet mühevoll im Parlament verabschiedetes Rahmengesetz, das bescheiden eine Autonomie Algeriens vorbereiten sollte, wurde von Lacoste erfolgreich sabotiert.

Militärisch gelang allerdings dank der Abriegelung der Grenzen und der systematischen Kontrolle aller Gebiete eine wesentliche Verbesserung der Lage, die Frankreich mit dem Opfer einer verlängerten Dienstpflicht und einer verstärkten Konzentration der militärischen Kräfte auf Nordafrika erkaufen mußte. In dieser Epoche entwickelte sich das Dogma des „französischen Algeriens“, der reichlich oberflächlichen Identifizierung zwischen Frankreich und Algerien. Eine Verwaltungsreform teilte Algerien in eine größere Zahl französischer Departements auf und begann, die aus der kolonialen Tradition verbliebenen Unterschiede wie eigene Banknoten, eigene Briefmarken usw. nach und nach zu beseitigen. Außerdem bemühte man sich um eine Gleichschaltung der Gesetzgebung, ohne jedoch hierbei bis zur letzten Konsequenz zu gehen, z. B. bis zur Bezahlung von Familienzulagen an die auf Vielweiberei aufgebauten arabischen Familien. Es begannen ferner eifrige Planungsarbeiten aus der Erkenntnis heraus, daß sich Algerien für Frankreich nicht halten lasse, wenn sich nicht schnell der krasse vorhandene Unterschied im Lebensstandard zwischen Europäern und Arabern verringere. In ziemlich realistischer Form stellten durchaus fähige Sachverständige einen Zehnjahresplan auf, mit der Hoffnung, auf diese Weise den Lebensstandard der Algerier um etwa 25 % zu heben, nach entsprechender Berücksichtigung der beängstigenden Bevölkerungszunahme.

Divergierende Hoffnungen auf de Gaulle

Inzwischen wurde unter dem Druck der Vereinten Nationen und indirekt auch der NATO-Partner Algerien für Frankreich zu einer zunehmend peinlichen, internationalen Belastung, ohne Aussicht auf eine baldige militärische Entscheidung. Alle rein militärischen Erfolge änderten nichts an dem Vorhandensein der Rebellenbewegung, die inzwischen außerhalb Algeriens durch eine in Tunis gebildete Exilregierung mit großer internationaler Beweglichkeit vertreten wird. Die letzten Regierungen der IV. Republik er-

wogen daher im Frühjahr 1958 Verhandlungen unter möglicher Einschaltung Tunesiens oder Marokkos. Ihr Versuch endete in dem Putsch vom 13. Mai mit völligem Versagen der Staatsautorität und der Rückkehr General de Gaulles zur Macht als einzig denkbaren Ausweg.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Integrationsbewegung des französischen Algeriens ihren Höhepunkt erreicht. Sie erwartete von de Gaulle ihre endgültige Bestätigung, während die politische Linke und Mitte Frankreichs in dem gleichen de Gaulle das einzig wirkungsvolle Werkzeug einer liberalen Algerienpolitik erblickten.

Der französische Regierungschef ließ für alle, die seine Erklärungen zu deuten verstanden, von Anfang an keine Zweifel an seiner Überzeugung von der Unmöglichkeit einer arabisch-algerischen Unabhängigkeit. Die zögernde Langsamkeit seiner Politik, das vorübergehende Spiel mit Integration und ähnlichen Lösungen, erklärte sich vorwiegend durch die internen französischen Spannungen, die Hypothek der Armee und auch durch die Notwendigkeit, mit den Arabern zu einer Verhandlungsgrundlage, die die Wahrung der europäischen Rechte in Algerien gestattet, zu gelangen.

Die selbständige Algerische Republik

Die letzte und entscheidende Etappe auf diesem schwierigen Wege war das am 8. Januar 1961 in Frankreich veranstaltete Referendum zur Billigung der von General de Gaulle empfohlenen selbständigen Algerischen Republik. Natürlich setzte stets die Wahrung der europäischen Rechte eine weitere enge Zusammenarbeit Algeriens und Frankreichs voraus. Paris muß und will sie erkaufen und durch wirtschaftliche Opfer für die Entwicklung des Landes konsolidieren. Es besteht daher kein Widerspruch zwischen dem von General de Gaulle noch im Höhepunkt der Integrationsbegeisterung verkündeten Entwicklungsplan von Constantine und der inzwischen anerkannten Algerischen Republik.

Der Plan von Constantine

Dieser Plan von Constantine übernahm in großen Zügen, zunächst für eine Frist von vier bis fünf Jahren, die Ziele des Zehnjahresplans. Seine Hauptaufgabe besteht in der Schaffung von 400 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen und in der ersten Befruchtung der armen algerischen Wirtschaftsstruktur durch Erdöl und Erdgas aus der Sahara. Der zunächst allgemein als Phantasie oder Illusion beurteilte französische Glaube an den Segen der Wüste fand inzwischen seine unbestreitbare Bestätigung. Millionen Tonnen Erdöl flossen bereits 1960 aus der Sahara nach dem Mittelmeer. Der Bau eines Erdgastransportnetzes befindet sich vor dem Abschluß. Die verstärkte Industrie um Algier und Oran erhält im laufenden Jahr Erdgas als billige Energie. Es besteht auch die realistische Überzeugung, daß die Erdölförderung in schnellen Sprüngen auf 30 bis 50 Mill. t jährlich gebracht werden kann.

Die Probleme der algerischen Zukunft

Welche Ideen und Tendenzen vermögen die Zukunft Algeriens unter den jetzigen Verhältnissen zu bestimmen? Diese Bilanz ist zugleich unklar, widerspruchsvoll und wenig ermutigend. Anders ausgedrückt: Algerien wird noch lange auf einem dünnen Seil über einem Abgrund wandeln müssen. Jede Ungeschicklichkeit, jede unkontrollierte Leidenschaft droht ihm zum Verhängnis zu werden. Der Plan von Constantine, so kostspielig er auch ist und so große Investitionen er auch erfordert, erscheint gegenüber der algerischen Armut als Tropfen auf einen heißen Stein.

Die Bevölkerung des Landes wächst jährlich um 200 000 bis 250 000 Menschen. 400 000 neue Arbeitsplätze in fünf Jahren sind demgegenüber ein schwacher Trost. Der Landwirtschaft ist nur durch eine zähe, langfristige Wiederaufforstungsaktion zu helfen. Der unvermeidliche, teilweise Abzug der europäischen Bauern, verbunden mit einer ebenso unvermeidlichen, aber technisch keineswegs glücklichen Agrarreform kann in einer ersten, zeitlich nicht fixierten Etappe nur zu einer Verringerung der Produktion und zu einer Verschärfung der landwirtschaftlichen Not führen. Die Industrialisierung ist begrenzt durch die Enge des nordafrikanischen Absatzgebietes. Mit billiger Energie allein läßt sich nicht alles erreichen. Es bedarf noch anderer wirtschaftlicher Voraussetzungen.

Den Europäern dürfte es nicht leichtfallen, sich den neuen Verhältnissen eines unabhängigen Algeriens anzupassen. Hierzu ist eine psychologische Umstellung erforderlich. Das Ziel wird stets durch übertriebene Forderungen des algerischen Nationalismus gefährdet sein, woraus sich die Risikobelastung einer wahrscheinlich ständigen europäischen Emigration nach Frankreich oder anderen Ländern ergeben wird. Auch die nordafrikanische Föderation mit Tunesien und Marokko ist bei den gegebenen Entfernungen und Transportschwierigkeiten wirtschaftlich keine Lösung und politisch übrigens bei weitem nicht wahrscheinlich, denn sie würde sehr schnell zur Beherrschung Nordafrikas durch die Algerier führen. Der einzige Trumpf ist die Ausfuhr des Erdöls und des Erdgases. Diese Ausfuhr kann in Zukunft dem algerischen Staatshaushalt die dringend benötigten Finanzmittel liefern. Jeder politische Akt, der direkt oder indirekt die Erdölausfuhr gefährdet, wäre verhängnisvoll.

Niemand vermag jedoch zu sagen, ob die wirtschaftliche Vernunft kurz- und langfristig das Übergewicht gegenüber der politischen Leidenschaft behält, die von dem traditionellen arabischen Nationalismus sowie einem nicht geringen persönlichen Ehrgeiz der zur Führung strebenden Politiker genährt wird.

Drei Möglichkeiten der künftigen Gestaltung

Für die Zukunft können drei Möglichkeiten realistisch in Aussicht genommen werden. Die eine ist die bereits erwähnte Assoziierung, die organische Zusammenarbeit eines unabhängigen Algeriens mit Frankreich, unter Wahrung der Interessen der jenseits des Mittelmeers lebenden Europäer.

Die zweite Lösung bestünde in einem von Frankreich völlig losgelösten unabhängigen Algerien, das seinen eigenen politischen und wirtschaftlichen Weg suchen muß, ohne sich um Frankreich in irgendeiner Form zu kümmern, d. h. ohne auf Bindungen Wert zu legen, die über das normale diplomatische Verhältnis hinausgingen. Vielleicht bliebe dieses unabhängige Algerien am Anfang Mitglied der Frankenzonen bei gegenseitig beschränkter Haftung, so wie augenblicklich Marokko, vielleicht unter Verzicht auf eine zu deutliche Oppositionsstellung zum ehemaligen Mutterland, um unnötige Schwierigkeiten in der Übergangsperiode zu vermeiden. Diese Art der Unabhängigkeit müßte jedoch schnell zu einer ziemlich vollständigen gegenseitigen Entfremdung führen ebenso wie zum mehr oder weniger schnellen Abzug der Europäer. Ein von Frankreich losgelöstes, unabhängiges Algerien hat mit einer schnellen und ziemlich brutalen Verarmung zu rechnen. Abgeschwächt würde diese Bedrohung nur durch den verständlichen Wunsch der französischen und internationalen Wirtschaftsinteressen, aus dem Zusammenbruch einer langjährigen Politik noch etwas zu retten und trotz allem zu einer Zusammenarbeit mit den neuen Herren zu gelangen.

Die dritte Möglichkeit liegt in der Teilung des Landes, in der Schaffung eines europäischen Küstenstaates, der seine Grenzen allen Frankreich freundlichen Arabern öffnete und den Rest der algerischen Bevölkerung seinem Schicksal überließe. Diese Teilung wird für den Fall des Fehlschlags der jetzigen Friedensbemühungen ernstlich in Aussicht genommen. Dann stellt Paris offiziell die Feindseligkeiten ein und verkündet seinen Beschluß, einen Teil Algeriens endgültig als Bestandteil Frankreichs zu betrachten, entsprechend zu organisieren und an seinen Grenzen gegen alle Angriffe zu verteidigen. Theoretisch liegt eine derartige Lösung durchaus im Bereich des Möglichen, selbst wenn sie für alle Beteiligten mit peinlichen Verlusten verbunden sein dürfte. Daß Algerien dann natürlich ein ständiger Unruheherd bliebe, darüber sind sich alle im klaren.

Die Extremisten beider Lager, die radikalen Elemente des arabischen Nationalismus zusammen mit den rein negativ eingestellten Kommunisten auf der einen Seite, die französischen Ultras, die unerbittlichen Verteidiger des französischen Algeriens auf der anderen Seite, wünschen natürlich eine extreme Lösung, d. h. völlige Unabhängigkeit oder in Ermangelung der Integration, die selbst inzwischen für die französischen Nationalisten zur Illusion wurde, die radikale Teilung. Man darf annehmen, daß das Gewicht dieser Extremisten bei den Algerienfranzosen größer ist als bei den Arabern. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Algerienfranzosen im Mutterland kaum noch eine erwähnenswerte Rückendeckung besitzen.

Sicherlich wünscht die Masse des arabischen Volkes eine mit der Unabhängigkeit verbundene Assoziierung, die ihr für die Zukunft wenigstens die Wahrung des jetzt gegebenen bescheidenen Lebensstandards verspricht und sie vor einer Elendskatastrophe bewahrt. Auch das Kongochaos schwebt vielen Arabern, bis in die Reihen der Exilregierung, als Warnung vor Augen. Gelingt es in den kommenden Wochen allen Verantwortlichen, über den Schatten ihres Prestiges, ihrer Leidenschaften und ihrer nationalistischen Illusionen zu springen, dann dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach, zumindest als Start für das neue Algerien, die Assoziierung mit Frankreich durchsetzen.

Eine derartige Lösung stieße kaum auf staatsrechtliche Schwierigkeiten. Die algerische Autodetermination widerspricht nicht der französischen Verfassung, wobei auch die juristische Elastizität aller Verfassungen in Rechnung zu stellen ist. Niemand kann juristisch ferner die Algerier daran hindern, sich für die Unabhängigkeit auszusprechen. Ein schwieriger Fall wäre lediglich die Teilung, die in Afrika und auch in den Vereinten Nationen heftige Wogen auslösen müßte und Frankreich wohl oder übel eine internationale Kraftprobe aufzwänge. Ziel der offiziellen französischen Algerienpolitik muß es aber bis auf weiteres bleiben, sowohl die Teilung wie die vollständige Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern.

Der Konflikt von Laos: Um die Eingangspforte zu Hinterindien

Dr. Heinrich Bechtoldt, Stuttgart

Der Bürgerkrieg in Laos ist ein Vorgang von internationaler Bedeutung, weil dieses kleine Königreich die politische Drehscheibe Hinterindiens darstellt: Nachbar zu den beiden kommunistischen Staaten China und Nordvietnam, Nachbar zu den beiden neutralistischen Staaten Burma und Kambodscha und Nachbar zu den beiden antikommunistischen Staaten Thailand und Südvietnam. Die Genfer Asien-Konferenz vom Sommer 1954 hatte am Ende des Indochinakrieges, der sich bis auf die Nordprovinzen von Laos ausgedehnt hatte, für dieses Land in letzter Minute einen Balancestatus festgelegt. Die Regierungen soll-

ten eine Politik der Neutralität betreiben, nur Frankreich sollte Ausbildungs- und Waffenhilfe für die Armee geben, die kommunistische Mannschaft sollte sich in den Nordprovinzen sammeln und später in die königliche Armee eingegliedert werden. Es gab also nicht zwei Regierungen, es gab infolgedessen auch kein Wiedervereinigungsproblem wie etwa in Korea oder Vietnam. Die Dinge schienen sich einzupendeln, obwohl der Südostasienpakt (SEATO) auch Laos in sein Schutzgebiet einbezog und die französischen Berater und die französische Hilfe nach und nach durch amerikanischen Beistand ersetzt wurden.